

## **Rede von Bürgermeister Michael Schlepper in der Sitzung der Gemeindevertretung am 15. November 2017 zur Einbringung der Haushaltssatzung 2018 sowie dem Haushaltssicherungskonzept 2018**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Kollegen,

die Haushaltssatzung 2018 und das Haushaltssicherungskonzept sind im Gemeindevorstand ausführlich in zwei ganztägigen Sitzungen bis in die Details erörtert worden.

Zu dieser Sitzung liegen Ihnen die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses der Gemeinde Schlangenbad für das Jahr 2016 in Form der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und einer Analyse über die letzten sechs Jahre vor.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 06.11.2017 den Jahresabschluss für das Jahr 2016 festgestellt.

Das Jahresergebnis ist mit 803.000 Euro positiv, von dem auf das ordentliche Ergebnis ein Minus von 89.000 Euro und auf das außerordentliche Ergebnis ein Plus von 892.000 Euro entfallen.

Es war ein ordentlicher positiver Jahresabschluss geplant. Die Gebührenkalkulation für das Abwasser, die wir aktuell durchgeführt haben, führt jedoch zu einem negativen Ergebnis. Sie erinnern sich, dass wir immer wieder aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen – z.B. im Bereich Kinderbetreuung Investitionsmaßnahmen auch im Bereich EKVO verschieben mussten, um die Nettoneuverschuldung nicht weiter zu erhöhen. Im Rahmen der Nachkalkulation der Abwassergebühren für 2016 wurden Sonderposten für die Gebührenüberdeckung für Abwasser in Höhe von insgesamt 294.000,- Euro gebildet, denen keine Planzahlen gegenüberstanden. Was sich negativ für den Abschluss 2016 auswirkt, wirkt sich positiv für unsere Bürger aus. Die Gebührenkalkulation führt zu einer deutlichen Senkung der Abwassergebühren von 0,69 Euro bei der Niederschlagswassergebühr auf 0,65 Euro und beim Schmutzwasser von 3,53 Euro auf 3,09 Euro.

Wenn man die Zahlenreihen aus der Vergangenheit vergleicht, kann man feststellen, die ordentlichen Erträge - lässt man das Thema Sonderposten Abwasser unberücksichtigt - höher als die ordentlichen Aufwendungen waren, was insbesondere auf massiv höhere Steuereinnahmen sowohl im Realsteuerbereich als auch im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zurückzuführen ist.

Auf der Aufwandsseite konnten wir dort Fortschritte erzielen, wo die Gemeinde bei den Personal- und Sachkosten Einfluss nehmen konnte.

Die Personalkosten sind spürbar gesunken. Nur teilweise wird dies durch höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen kompensiert.

Positiv wirkt sich auch die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2016 aus. Die Zinslastquote hat sich seit dem Jahr 2009 von 5,9 % auf 4,7 % reduziert, was im Wesentlichen auf die allgemeine günstige Zinssituation zurückzuführen ist. Zu beachten ist, dass trotz des dauerhaft niedrigen Zinsniveaus aufgrund des hohen, nach wie vor erforderlichen Investitionsaufkommens, hier wieder eine negative Entwicklung eintreten kann.

Die Eigenkapitalquote hat sich deutlich erhöht. Bei der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2009 betrug sie 28,8 %, im Vorjahr bereits 33,83 % und jetzt 2016 36,09 %.

Durch die Integration des Bürgerhausbetriebs in die Produkte des Haushalts- bzw. in die Staatsbad Schlangenbad GmbH haben wir die Möglichkeit, dass wir von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2016 befreit sind.

Die Schutzschirmvorgaben wurden selbstverständlich wie in den vergangenen Jahren seit Bestehen des Schutzschirmvertrages auch in 2016 eingehalten. Ich darf erinnern, dass wir von sehr hohen Defiziten kommen. Im Jahr 2010 betrug das negative Gesamtjahresergebnis fast 1,5 Millionen Euro, in 2011 1,4 Millionen Euro in 2012 1,6 Millionen Euro und auch im Jahr 2013 noch 467.000 Euro.

Seit 2014 haben wir positive Gesamtjahresergebnisse, wobei 2015 herausragt, weil dort eine hohe Summe aus dem Landesausgleichsstock geflossen ist. Wir hoffen sehr, dass unser seit längerem beantragter Zuschuss aus dem Landesausgleichsstock für die Defizite 2009 bis 2012 ebenfalls positiv entschieden wird. Dies würde zu einer erheblichen Liquiditätsverbesserung und zu einer deutlich

reduzierten Darlehensaufnahme führen, was angesichts der vielen anstehenden Investitionen unbedingt wünschenswert wäre.

Es ist zu befürchten, dass das Landesprojekt Hessenkasse uns einen Strich durch diese Rechnung macht. Nach den uns zuletzt bei der Regionalkonferenz am vergangenen Montag genannten Kriterien, werden wir wohl - was die Ablösung der Kassenkredite anbelangt - höchst wahrscheinlich keinen oder nur einen sehr geringen Gebrauch machen können, da die Kassenkredite unter Abzug der Kassenkreditmittel, die für laufende Investitionsmaßnahmen zur Vorfinanzierung eingesetzt werden und die später durch die Investitionsdarlehen nach Abschluss der Maßnahmen abgeschlossen werden, fast vollständig abgebaut sind. Die vorgesehene Investitionsförderung von mindestens 750.000.- Euro pro Kommune werden wir deshalb nicht in Anspruch nehmen können, da wir nicht finanzschwach im Sinne der vom Land vorgegebenen Definition sind. Unsere Finanzkraft liegt nach Auskunft des zuständigen Abteilungsleiters bei der Kommunalkonferenz bei 119%. Umso mehr kann ich nur an das Land appellieren, dass tatsächlich über unseren Antrag von 2016 auf Förderung aus dem Landesausgleichsstock wegen den Defiziten der Vorjahre positiv entschieden wird. Absicht des Landes ist aber, diese Anträge wegen der Hessenkasse nicht mehr zu bescheiden. Ich hoffe sehr, dass sich durch gute Argumentation beim Land noch eine Veränderung dieser Position erzielen lässt.

Die wichtigsten Aussagen zum Haushaltsplan 2018 sind:

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem positiven Ergebnis von 206.000 Euro ab. Erträge im außerordentlichen Ergebnis sind nicht veranschlagt. Ich gehe gleichwohl davon aus, dass es welche geben wird, genau wie in den Vorjahren. Ich denke dabei zum Beispiel an den Verkauf des Forstgebäudes Neustraße in Hausen v.d.H., das nicht mehr benötigt wird. Gleiches gilt auch noch für freie Baugrundstücke der Gemeinde, auch wenn das nicht mehr viele sind. Die außerordentlichen Erträge sind uns genauso wie der Überschuss höchst willkommen, damit die nach wie vor sehr hohe Darlehensaufnahme für die Finanzierung der vielen Investitionen verringert werden kann.

Der Haushalt ist Schutzschirmkonform, Steuern werden nicht erhöht und im Bereich der Abwassergebühren erfolgt sogar eine Senkung, so dass insgesamt eine geringere Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger zu verzeichnen ist.

Bedenklich ist nach wie vor die erforderliche Nettoneuverschuldung. In der Haushaltssatzung sind Darlehensaufnahmen für Investitionen in Höhe von 3,5 Millionen Euro vorgesehen. Dies geht nicht ohne Nettoneuverschuldung. Unter Berücksichtigung von Tilgungsleistungen beträgt diese ca. 2,9 Mio. Euro. Deshalb muss der Investitionshaushalt kritisch gesehen werden. Ich weise allerdings jetzt bereits darauf hin, dass es sich ausschließlich um Maßnahmen handelt, die, sieht man von den Dorferneuerungsmaßnahmen ab, alle schlicht notwendig sind, um unseren nach wie vor sehr hohen Investitionsstau abbauen zu können.

Das Haushaltsjahr 2017 entwickelt sich aktuell positiv. Ich gehe davon aus, dass wir auch hier einen positiven Abschluss in Höhe von ca. 150.000.- Euro im ordentlichen Ergebnis haben werden. Ich verweise insofern auf den letzten Haushaltsbericht. Die dort genannte Tendenz wird auch beim Abschluss bestätigt werden.

Die vorgelegte Planung orientiert sich an den Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Gemeinden des Hessische Ministeriums des Innern und für Sport von Ende September 2017.

In der FAZ am Freitag konnten Sie lesen:

„Die Steuerquellen sprudeln mehr denn je.“ Gegenüber der Mai-Steuerschätzung haben sich die Steuerschätzungen nochmals wesentlich erhöht. Dies betrifft insbesondere die Länder und Gemeinden. Gleichwohl ist auch weiterhin eine restriktive und vorsichtige Haushaltspolitik angesagt. Wir sind als Gemeinde noch nicht über den Berg und haben immer noch Hausaufgaben zu machen.

Ich gehe davon aus, dass auch dieser aktuelle Boom nicht ewig so weitergehen wird. Man liest nicht nur positive Meldungen in den Finanz- und Wirtschaftsteilen. Sie können z.B. auch lesen, dass Deutschland im internationalen Standortranking der Weltbank für ein positives Umfeld für Unternehmen nun auf den 20. Rang abgerutscht ist. Unternehmer haben es in anderen Ländern leichter als bei uns. Die Wirtschaft boomt. Es fehlt aber eklatant, vor allem in den technischen Berufen an Personal und an Nachwuchs. Das spüren wir deutlich an den Handwerkerpreisen

und der Tatsache, dass es nicht immer gelingt, ausreichend Handwerker zu bekommen, insbesondere zur Abgabe von Angeboten bei öffentlichen Ausschreibungen.

Auch wir als öffentliche Hand, auch die Gemeinde haben Probleme, qualifiziertes Personal zu finden. In den kommenden Jahren wird es sehr wichtig sein, dass wir auch etwas für unser Personal tun, um qualifizierte Mitarbeiter hierher zu bekommen und zu halten. Deshalb haben wir im Haushaltsplan auch attraktivitätssteigernde Maßnahmen vorgesehen. Ein Lichtblick ist insofern, dass der Umzug in unser Rathaus nunmehr für Anfang Dezember geplant ist. Die Unterbringung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in angemessenen Büroräumen ist gerade auch im Hinblick auf die Personalgewinnung und -sicherung ein ganz entscheidender Punkt. Ich nutze die Gelegenheit, mich bei meinem Personal nicht nur sehr herzlich für die Zumutungen zu bedanken, die mit der provisorischen Unterbringung aufgrund der Sanierung des Rathauses verbunden sind, sondern auch für gute geleistete Arbeit in diesem Jahr. Das gilt auch für die sehr gute Arbeit der Kämmerei bei der Erstellung des Haushaltsplans 2018.

Im Einzelnen stellt sich die Einnahmesituation im Ergebnishaushalt wie folgt dar:

Der wesentliche Ansatz sind nach wie vor die Steuereinnahmen, insbesondere aus dem kommunalen Finanzausgleich. Da gibt es eklatante Steigerungen. Die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens ist auch mit Hinblick auf die brummende Konjunktur für die Gemeinde Schlangenbad nur schwer zu schätzen. Aus diesem Grund wurde das voraussichtliche Gewerbesteueraufkommen für 2018 vorsichtig, unter Einbezug der Entwicklung 2017 geschätzt und nicht auf Basis der Orientierungsdaten ermittelt. Wir haben einen Haushaltsansatz von 815.000 Euro netto, also abzüglich der Gewerbesteuerumlage kalkuliert. Gegenüber dem vorläufigen Rechnungsergebnis steigt der Ansatz um rund 182.000 Euro. Das ist im Hinblick auf die aktuelle günstige Einnahmesituation gerechtfertigt. Der aktuelle Stand der Gewerbesteuererinnahmen in 2017 beträgt brutto 1.007.341.- Euro. Inwieweit sich Kreis- und Schulumlage entwickeln bleibt abzuwarten. Da durch die Änderung des kommunalen Finanzausgleichs auch der Rheingau-Taunus-Kreis profitiert, kann man nur hoffen, dass dies der Rheingau-Taunus-Kreis zur Haushaltskonsolidierung nutzt und nicht andere kostenträchtige Maßnahmen, ich nenne als Beispiel das Thema City-Bahn und ähnliche politisch gut verkaufbare, aber

extrem kostenträchtige Maßnahmen umsetzt. Zunächst ist es so, dass wegen der weiterhin guten Entwicklung der Steuereinnahmen der damit rechnerisch deutlich erhöhten Finanzkraft der Gemeinde auch bei konstanten prozentualen Anteilen mit einer deutlichen Steigerung der Kreis- und Schulumlage zu rechnen ist. Immerhin gibt es ganz vorsichtige Signale, dass der Kreisumlagehebesatz leicht gesenkt werden kann.

Die Verwaltung hat einen sehr ausführlichen Vorbericht erstellt, so dass ich nur auf einige wenige Punkte eingehen will, die bedeutend für unseren Haushalt sind.

Das ist zum einen neben der genannten Abwasserthematik das Produkt „Asylbewerber, abgelehnte Asylbewerber und geduldete Personen“. Hier haben wir ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis angenommen. Hauptproblem ist, dass die hohen Leistungen des Rheingau-Taunus-Kreises für die Unterbringung nicht anerkannter Asylbewerber dann zurückgefahren werden, wenn die Asylbewerber anerkannt sind. Dann bekommen wir vom Rheingau-Taunus-Kreis nur noch die Sätze für die Unterbringung nach ALG II. Insofern bin ich dem Rheingau-Taunus-Kreis dankbar, dass wir die am teuersten angemieteten beiden Liegenschaften in Georgenborn und Bärstadt an den Rheingau-Taunus-Kreis übergeben konnten, so dass wir mit den Kosten für diese Unterkünfte nicht mehr belastet sind.

Im Bereich der Ordnungsangelegenheiten ist es aufgrund der neuen Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Frankfurt erforderlich, dass die komplette Bildaufbereitung und Auswertung der Geschwindigkeitsmessanlagen von den Ordnungsbehörden auszuführen sind. Eine Aufgabenübertragung auf private Dienstleister, was bisher die gängige Praxis war, ist unzulässig geworden. Zur Kompensation des erhöhten Arbeitsaufkommens wird eine 0,25 Stelle im Bereich des Ordnungsamtes geschaffen. Ziel ist, dass unser Ordnungspolizeibeamter auch weiterhin die Möglichkeit hat, außerhalb des aufgrund dieser Rechtsprechung erforderlichen Bürodienstes auch vor Ort Kontrollen durchführen kann. Dies betrifft sowohl den ruhenden Verkehr als auch Geschwindigkeitskontrollen mit unserer mobilen Messeinrichtung.

Im Bereich der Kindertagesstätten steht der Wirtschaftsplan des ASB für das Jahr 2018 auf Basis der in der Gemeindevertretersitzung am 04.10.2017 neu festgelegten Betreuungsschlüssel, KiföG plus 20 % plus 25 % Leitungsfreistellung je Gruppe

(maximal eine Vollzeitstelle), aktuell in Papierform noch aus. Der Kämmerei liegt er bereits als Datei vor. Wir gehen aktuell davon aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt in etwa die Kosten aus dem Vorjahr einzuhalten sind. Aufgrund der im Folgenden angeführten Vereinfachungen liegen wir sogar leicht unter dem Niveau 2017, werden aber voraussichtlich nach Berücksichtigung des Neubaus im Jahr 2019 in einem ähnlichen Volumen über dem Niveau 2017 liegen. Für den Wirtschaftsplan 2018 ist mit dem ASB vereinbart, den neuen Betreuungsschlüssel aus Gründen der Vereinfachung für das Jahr 2018 als durchgängig erreicht anzunehmen. Die Veränderungen nach Beendigung des Ausbaus der Kindertagesstätte im Ortsteil Hausen v.d.H. – voraussichtlich Ende 2018 – soll im Wirtschaftsplan 2018 ebenfalls aus Vereinfachungsgründen noch nicht berücksichtigt werden. Die sich ggf. ergebenden Abweichungen sollen dann im Rahmen der Endabrechnung für das Jahr 2018 erfolgen. Nicht berücksichtigt ist auch die vom Land vorgeschlagene Freistellung der letzten drei KiTa – Jahre. Es bleibt die Definition der Kriterien abzuwarten. Klar ist aber jetzt schon, dass wir als Gemeinde drauflegen werden, da wir höhere als die vom Land angenommenen Entgelte/Gebührensätze verlangen müssen. Das Land Hessen hat großzügig den Eltern eine Gebührenfreiheit für sechs Stunden für die drei Kindergartenjahre versprochen, ohne dies auch nur annähernd in ein Gesetz zu fassen. Dadurch umgeht das Land das Konnexitätsprinzip und muss nicht für sämtliche Mehrkosten aufkommen, da es ja nicht unmittelbar bestellt und bezahlt. Was für die Eltern großartig ist, belastet die Kommunen, noch dazu, da der dafür vorgesehene Landeszuschuss von 136 Euro pro Kind und Monat zu einem Drittel von den Kommunen aus dem kommunalen Finanzausgleich erbracht werden soll. Auch dieses Geld wird somit den Kommunen, nach den Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände in Höhe von ca. 155 Mio. Euro jährlich entzogen. Ich werde Ihnen – sobald das klargestellt ist, zu dem Thema eine eigene Vorlage mit dem Ziel der Freistellung und den daraus sich ergebenden zusätzlichen Kosten für die Gemeinde vorlegen. Zunächst rechnen wir also weiter mit einem negativen ordentlichen Ergebnis für die Kitas in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro. Das vorläufige Rechnungsergebnis 2016 wies eine Unterdeckung von rund 1,4 Millionen Euro aus.

Neu ist, dass jetzt im gemeindlichen Haushalt das kommunalisierte Staatsbad im Produkt „Kur- und Badebetriebe, Kurpark, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr“ eingearbeitet ist. Erstmals werden in diesem Produkt alle den

Kurbetrieb betreffenden Haushaltsansätze in einem Produkt zusammengefasst. Neben dem Zuschuss für die Staatsbad Schlangenbad GmbH sind auch die Aufwendungen für den Kurpark enthalten. Der Staatsbad Schlangenbad GmbH wird planmäßig ein Zuschuss gezahlt, der sich im Plan auf 152.000 Euro beläuft. Dies entspricht den Daten aus dem Wirtschaftsplan der GmbH. Die tatsächliche Höhe des ausgezahlten Zuschusses soll sich an der Haushaltslage orientieren.

Wie bereits erwähnt sind die Abwassergebühren neu kalkuliert worden und ergeben eine Verminderung der Gebührensätze, die ab dem 01.01.2018 in Kraft treten soll. Unter Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung schließt das Produkt mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Aufgrund des positiven ordentlichen Ergebnisses ist es auch kein Problem das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde so fortzuschreiben, dass die Schutzschirmvereinbarung nicht nur eingehalten sondern übertroffen werden kann.

Nach wie vor gibt es gegenüber dem ursprünglichen Ergebnis erhebliche Verschiebungen. In erster Linie sind es die zusätzlichen Steuereinnahmen aufgrund der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung, die uns sehr helfen. Wie sich die einzelnen Maßnahmen zusammensetzen, ist sehr ausführlich im Haushaltssicherungskonzept erläutert. Ich verweise darauf.

Die langfristigen Verbindlichkeiten werden bis zum Jahr 2021 voraussichtlich ansteigen. Hintergrund ist der hohe abzuarbeitende Investitionsstau, insbesondere die Maßnahmen Sanierung Rathaus, diverse Straßen- und Kanalsanierungen und der beschlossene Ausbau der Kinderbetreuungsplätze.

Bitte beachten Sie auch die anschaulichen Übersichten in den Erläuterungen zum Haushaltssicherungskonzept. Daraus kann man entnehmen, dass wir ab 2017 einen deutlichen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit registrieren dürfen. Wir werden nicht immer so viel investieren können wie wir es im Moment tun. Ziel ist, die Nettoneuverschuldung zu vermeiden, wenn die großen Bauvorhaben beendet und finanziert sind.

Betrachtet man die Entwicklung der Jahresergebnisse, so ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung des zulässigen Ausgleichs vorgetragener Fehlbeträge aus dem ordentlichen Ergebnis und Überschüssen aus dem außerordentlichen Ergebnis



im Saldo ab dem Jahr 2013 ein kumuliertes positives Ergebnis für die Gemeinde Schlangenbad festzustellen ist. Dieses kumulierte positive Ergebnis wird sich nach den aktuellen Orientierungsdaten in den Folgejahren noch sehr deutlich verbessern.

Für das Jahr 2017 können wir zusätzlich zu dem geplanten ordentlichen Ergebnis von – nach aktuellen Erkenntnissen ca. 150.000.- Euro mit einem ausgeglichenen außerordentlichen Ergebnis rechnen.

Die mittelfristige Ergebnisplanung sieht ab dem Jahr 2019 durchgängig einen ausgeglichenen Haushalt mit der Tendenz zu leichten Überschüssen vor.

Im Investitionsprogramm sind die wesentlichen Maßnahmen die Baumaßnahme der Kindertagesstätte Hausen v.d.H., das Rathaus, ein Teil der Sanierung der Turnhalle Georgenborn, die noch erforderlichen neuen Feuerwehrfahrzeuge, insbesondere in Georgenborn, hier ist ein LF 20, also das größte Fahrzeug in der Gemeinde erforderlich, und Maßnahmen aus dem Dorfentwicklungsprogramm. Aufgenommen ist auch der Abschluss der Maßnahme Neustraße in Hausen v.d.H., nachdem dort alle Baugrundstücke bebaut sind bzw. im Bau sind. Enthalten sind auch Kanalmaßnahmen in Georgenborn sowie die Maßnahme Winkfeld / Im Bornzaun. Zusammengenommen bedeutet dies ein Investitionsvolumen von 4,8 Millionen Euro abzüglich von Zuschüssen in Höhe von 1,3 Millionen Euro macht eine Finanzierungslücke von 3,5 Millionen Euro. Zieht man davon die Tilgung ab, bleibt die bereits genannte Nettoneuverschuldung in Höhe von ca. 2,9 Millionen Euro.

Bei der Dorfentwicklung müssen wir weiterkommen, da das Programm zeitlich begrenzt ist und alle möglichen Fördermittel ausgeschöpft werden sollten. Dass ein solch hohes Investitionsvolumen auf Dauer in dieser Höhe nicht fortgeschrieben werden kann, liegt auf der Hand.

Ich bleibe dabei: Wir müssen sehen, dass wir trotz der aktuell guten finanziellen Entwicklung auch in unserer Gemeinde nach Abwicklung der großen Bauvorhaben wieder dazu kommen müssen, keine Nettoneuverschuldung zu haben.

Ich habe hier an dieser Stelle schon wiederholt ausgeführt, dass ich nicht so ganz glücklich damit bin, dass wir als kleine Gemeinde in den vergangenen Jahrzehnten wegen den vorhandenen sieben Ortsteilen, bei denen keiner zu kurz kommen soll, eine große Infrastruktur aufgebaut und übernommen haben, die selbst für ein

Mittelzentrum schon ambitioniert wäre. Wir sind aber „nur“ Grundzentrum. Die Folgekosten für die vielen Einrichtungen sind ein Problem. So lange die wirtschaftliche Entwicklung positiv verläuft, müssen wir sehen, dass wir möglichst viel zum Erhalt dieser Infrastruktur tun. Die Erfahrung lehrt, je länger man mit erforderlichen Investitionen und Instandhaltungen wartet, umso teurer wird es letztlich.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Wir halten den Schutzschirmvertrag ein. Steuern werden nicht erhöht. Die Abwassergebühren sinken. Es bedarf einer erneuten Nettoneuverschuldung, da große und viele Investitionen in der Gemeinde unvermeidlich anstehen.

Die Haushaltslage der Gemeinde bleibt angespannt und wir müssen weiterhin restriktiv wirtschaften. Für besondere Wünsche und zusätzliche kostenträchtige neue Ideen ist ohne konkreten Finanzierungsvorschlag kein Raum.

Die finanzielle Entwicklung der Gemeinde ist positiv und wir können optimistisch in die Zukunft sehen.

Ich danke Ihnen.

Michael Schlepper

Bürgermeister